

ÖDP-Haushaltsrede - Haushalt 2026 der Stadt Erlangen

Gehalten von Stadtrat Joachim Jarosch (es gilt das gesprochene Wort) am 22.1.2026

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Stadtrat,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,
liebe Erlangerinnen und Erlanger – hier im Saal und im Livestream,
liebe Vertreter der Medien!

Ein städtischer Haushalt ist kein Selbstzweck. Er ist – ganz schlicht – der Übersetzungszettel unserer Politik:

Was ist uns wichtig? Was sichern wir ab? Was verschieben wir? Und was lassen wir bleiben?

Ein Haushalt ist ebenfalls mehr als eine Tabelle. Er ist ein politisches Versprechen – und manchmal auch ein politischer Realitätscheck. Heute ist beides der Fall.

Wir beraten den Haushalt 2026 in einer Lage, die man nicht mehr nur mit **„angespannt“** beschreiben kann. Erlangen steckt in einer Finanzkrise – und gleichzeitig hängt an **dieser** Entscheidung **das**, was unsere Stadt im Alltag trägt: Kultur, Sport, Soziales, Bildung, Ehrenamt.

Und dennoch ist heute allen klar: Dieser Haushalt wird nicht „irgendwie“ beschlossen, sondern mit einer sehr knappen Mehrheit. Eine knappe Mehrheit ist für keinen ein Grund zum Jubeln – aber sie ist ein Signal: Verantwortung liegt heute nicht bei „den anderen“, sondern bei uns **allen**.

Und ich sage gleich zu Beginn: Für die ÖDP ist diese Zustimmung kein leichter Schritt. Dass wir heute zustimmen, hat einen Grund: **Wir wollen Handlungsfähigkeit sichern und Schaden von der Stadtgesellschaft abwenden.**

Die Ausgangssituation: Seit Mitte 2024 besteht die Haushaltskrise und seit 2025 eine „haushaltslose Zeit“.

Seit dem Haushaltsjahr 2025 hat Erlangen keinen von der Rechtsaufsicht genehmigten Haushalt. Die Stadt arbeitet in einer Art „Notbetrieb“ – rechtlich zulässig, aber politisch und praktisch **hochproblematisch**.

Die Stadt läuft haushaltsrechtlich auf „vorläufiger Verwaltung“. Das klingt technisch – ist aber im Alltag sehr konkret.

Wenn eine Stadt keinen beschlossenen Haushalt hat, dann geht es bei vielen Ausgaben nicht um „**Dürfen wir das?**“, sondern um „**Dürfen wir das jetzt noch** – oder erst, wenn es endlich einen verabschiedeten Haushalt gibt?“

Und in dieser Situation hängt an einem Haushalt nicht nur die Verwaltung, sondern auch:

- die Sportvereine in unseren Stadtteilen, die auf Zuschüsse für den Jugendbetrieb wartet,
- die Kultureinrichtungen, die Veranstaltungen planen,
- soziale Träger, die Personal- und Mietkosten und Menschen zu versorgen haben,
- Kindergärten, die auf ihre Bau- und Betriebskostenzuschüsse warten und Kinder sicher betreuen wollen.

Das sind nicht **irgendwelche** Positionen im Haushalt. Das sind Menschen, oft Ehrenamtliche, die sich fragen: Können wir im Frühjahr mit Geldern von der Stadt Erlangen rechnen, oder eben nicht!

Und das ist keine juristische Spitzfindigkeit. Das ist der Unterschied zwischen: „**Der Verein bekommt seinen Zuschuss im Frühjahr**“ – oder: „**Vielleicht gar nicht**“. Zwischen Planungssicherheit – oder Existenzangst.

Deshalb war für uns zentral: **Wir brauchen 2026 Planungssicherheit**. Nicht irgendwann, nicht nach politischen Terminen, sondern zu Beginn des Jahres, wie seit Jahrzehnten in Erlangen üblich.

Und damit sind wir bei der Finanzlage selbst. Die Kassenlage zeigt sehr deutlich, wie eng es geworden ist:

Zum 01.01.26 wird ein Finanzmittelbestand von rund **minus 94,9 Mio. €** ausgewiesen – und bis Jahresende 2026 wird weiterhin mit einem stark negativen Stand gerechnet. Gleichzeitig steigen die **Kassenkredite**!

Das ist die finanzielle Realität, über die wir heute sprechen.

Warum stimmt die ÖDP diesmal dem Haushalt zu?

Wir als ÖDP waren bislang in Erlangen fast immer in der „Opposition“ – und haben Haushalte in der Regel abgelehnt. Nicht aus Prinzip, sondern weil unsere Anträge meist keine Mehrheiten und somit sich auch nicht im Haushalt fanden und wir für Haushaltsbeschlüsse nicht gebraucht wurden.

Heute ist es anders. Und ich möchte das ohne Polemik sagen:

Die politischen Mehrheiten haben sich verschoben, die **größte Fraktion übernimmt keine Verantwortung mehr in der bisherigen Konstellation** – und damit ist eine neue Situation im Erlanger Stadtrat entstanden.

Wir stimmen zu, weil ein nicht beschlossener Haushalt keine neutrale „**Warteposition**“ ist. Er ist ein Risiko – insbesondere für freiwillige Leistungen und für die Möglichkeit, neue Mittel beim Freistaat zu beantragen.

Es geht auch um Bedarfszuweisungen und um die Fähigkeit, zugesagte Mittel tatsächlich zu bekommen. Es geht darum, dass die Stadt nicht in eine Dauerschleife der Unsicherheit gerät. Und es geht darum, dass wir die investiven Maßnahmen, die 2026 anstehen, nicht weiter vertagen.

Für die ÖDP-Fraktion war entscheidend: **Handlungsfähigkeit sichern statt Stillstand riskieren.**

Denn ein nicht beschlossener Haushalt hätte laut Kämmerei massive Auswirkungen: Zuschüsse könnten nicht ausgezahlt werden; außerdem stehen wichtige Zuweisungen im Raum, darunter eine **Bedarfszuweisung von 15 Mio. Euro**, die ohne beschlossene Haushaltssatzung nicht bzw. nicht zeitnah kommen könnte, und neue Mittel für 2026 könnten überhaupt nicht beantragt werden.

Wir stimmen also zu, **nicht weil dieser Haushalt ein Wunschkonzert wäre**, sondern weil ein Scheitern **unserer Stadtgesellschaft real schaden** würde.

Und ja: Der Haushalt wird heute mit der denkbar kleinsten Mehrheit beschlossen. Aber Verantwortung misst sich nicht daran, ob es bequem ist, sondern daran, ob man sie übernimmt, wenn es schwierig ist.

Was haben wir als ödp im Stellenplan 2026 erreicht? Die Rechtsaufsicht fordert einen Nullstellenplan. Das ist ein harter Rahmen.

Umso wichtiger ist, was wir in den Verhandlungen erreichen konnten: **eine Stelle für Jugendsozialarbeit an einer Erlanger Schule.**

Das ist für uns als ÖDP seit vielen Jahren eine Herzensangelegenheit. Und ich sage das bewusst: Jugendsozialarbeit ist keine Luxusausgabe. Sie ist präventive Daseinsvorsorge. Sie hilft, Konflikte früh zu entschärfen, Familien zu unterstützen, Schulabbrüche zu verhindern und Perspektiven zu schaffen. Jeder Euro, den man hier sinnvoll ausgibt, spart später Geld.

Dass es diese Stelle jetzt gibt, ist ein wichtiger Schritt. Und ich finde, es ist auch ein Signal an die Stadtgesellschaft: Auch in einer Krise verlieren wir nicht das aus dem Blick, was Kinder und Jugendliche stärkt.

Zugleich muss ich offen sagen: Wir hätten gern mehr erreicht. Wir haben zusätzliche Stellen beantragt – für die Überwachung der Wohnraumzweckentfremdung und für die neue Stadtteilbibliothek in Büchenbach. Das hat keine Mehrheit gefunden. Das bedauern wir.

Aber: In einer Verhandlung zählt am Ende auch, was gelingt. Und diese eine Stelle ist ein Erfolg, der für viele junge Menschen ganz konkret einen Unterschied machen wird.

Wir haben als ÖDP bewusst sehr **wenige** Haushaltsanträge gestellt – und dabei keine neuen investiven Projekte obendrauf gepackt. Nicht weil wir keine Ideen hätten, sondern weil wir die Lage ernst nehmen.

Umso wichtiger ist: Es gibt Maßnahmen, die jetzt trotzdem angegangen werden. Wir begrüßen ausdrücklich, dass wichtige investive Maßnahmen 2026 angegangen werden – insbesondere:

- die Generalsanierung des Gymnasiums Fridericianum,
- und der Bau eines Stadtteilhauses in Eltersdorf mit Räumen für die freiwillige Feuerwehr, einen Jugendclub und den Musikverein.

Das sind Projekte, die nicht nur Gebäude schaffen, sondern Infrastruktur für Bildung, Sicherheit und Gemeinschaft. Und sie zeigen: Auch in der Krise müssen wir investieren – aber gezielt, sinnvoll und so, dass es langfristig trägt. Aber ohne Haushaltssatzung wäre das nicht möglich.

Wir haben den **Hitzeschutz** im Blick – nicht als „**nice to have**“, sondern als soziale Frage im Klimawandel. In den Beratungen wurde unser Antrag auf flächendeckende Hitzeschutzmaßnahmen mit einem Ansatz von **20.000 Euro** weiterverfolgt.

Das ist für uns kein Endpunkt, sondern ein Anfang. Und es ist ein Anfang, den man messen kann: Trinkbrunnen, Beschattung, kühlere Aufenthaltsräume – das sind konkrete Verbesserungen für uns alle.

Bei Investitionen in Klimaschutz und Effizienz gibt es Punkte, die wir unterstützen, weil sie **CO₂ senken und dauerhaft Betriebskosten sparen**. Beispielhaft nenne ich hier die **Errichtung von Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden**.

Ein Thema spaltet die Stadt wie kein anderes: die Stadt-Umland-Bahn.

Ich will das heute nicht zur ideologischen Grundsatzrede machen. Aber ich will drei Dinge klar sagen:

Erstens: Die ÖDP ist in dieser Frage nicht homogen. Das ist kein Geheimnis. Und ich halte es für legitim, dass man bei einem Projekt dieser Größenordnung unterschiedliche Abwägungen trifft.

Zweitens: Unsere Zustimmung zum Haushalt 2026 ist ausdrücklich keine dauerhafte Blankozusage für das Projekt StUB.

Drittens: Was durch den heutigen Antrag von Stadträtin Barbara Grille getan wird, ist haushaltspolitisch vernünftig: Es wurde vereinbart, dass der Oberbürgermeister sich in der Zweckversammlung für einen Nachtragshaushalt einsetzt, damit Überschüsse, die dort aktuell nicht benötigt werden, früher an die Städte zurückfließen können. Wenn Erlangen Liquidität braucht, dann ist es sinnvoll, dort vorhandene Mittel nicht ungenutzt liegen zu lassen.

Egal wie man zur StUB steht – finanzielle Disziplin und Transparenz sind für uns nicht verhandelbar.

Sparen mit Haltung: freiwillige Leistungen schützen und gleichzeitig die Verwaltung modernisieren

Erlangen muss sparen – daran führt kein Weg vorbei.

Unsere Haltung ist dabei klar: Wir wollen die bestehenden Strukturen erhalten. Und wir wollen nicht weiter bei Kultur, Sport, Sozialem und Ehrenamt kürzen. Denn das sind die Bereiche, die die Stadtgesellschaft zusammenhalten – und die man nach Kürzungen nicht „mal eben“ wieder aufbaut.

Gleichzeitig müssen wir ehrlich sein: Auch die Verwaltung wird in den nächsten Jahren ihren Beitrag leisten müssen – nicht durch Entlassungen, aber durch **Modernisierung, Digitalisierung und Priorisierung**. Aber wir müssen es über die nächsten Jahre schaffen, den Stellenplan sinnvoll weiter zu gestalten.

Und hier kommt der politische Kontext ins Spiel: Bund und Land übertragen immer mehr Aufgaben auf die Kommunen, oft ohne ausreichende Gegenfinanzierung. Gleichzeitig werden Gesetze komplexer – echte Bürokratieentlastung sieht anders aus. **Wer kommunale Haushalte stabilisieren will, muss endlich auf höherer Ebene liefern.** Hier sind CSU, CDU, SPD und die Freien Wähler in der Pflicht.

Die Kämmerei weist für den Stellenplan 2026 aus, dass Stellenneuschaffungen und Stelleneinzüge bereits budgetwirksam berücksichtigt werden – mit konkreten Effekten. Das zeigt: Es ist möglich, strukturiert an Personalkosten zu arbeiten, ohne blind zu kürzen.

Ein Punkt, den ich nur kurz streifen will, aber wichtig finde:

Die Abhängigkeit der Kommunen von der Gewerbesteuer macht uns anfällig – auch für legale Verlagerungen. Wir brauchen in Deutschland eine Debatte, wie kommunale Finanzen **stabiler** werden können, etwa über eine Stärkung des kommunalen Finanzausgleichs.

Und wir brauchen Respekt vor kommunaler Selbstverwaltung. Wenn Kommunen sinnvolle Instrumente prüfen, wie zum Beispiel die Einführung einer Verpackungssteuer, dann sollte man sie nicht pauschal verbieten, sondern ordentlich mit den Betroffenen diskutieren und Raum für Entscheidungen dort geben, wo sie unmittelbar wirksam werden.

Warum ist ein Haushaltsbeschluss nach der Kommunalwahl für uns keine Option?

Der Vorschlag, den Haushalt erst nach der Kommunalwahl im März zu beschließen, ist für uns keine sinnvolle Lösung.

Denn was ändert sich in acht Wochen substanziell – außer dass die Wahl vorbei ist? Wahltaktik ist hier fehl am Platz!

Die Verwaltung braucht **Planungssicherheit**. Vereine und Träger brauchen sie **erst recht**. Wenn wir Verantwortung ernst nehmen, dann schieben wir sie nicht acht Wochen weiter – **wir übernehmen sie, wenn sie ansteht!**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir stimmen dem Haushalt 2026 zu, weil wir Verantwortung übernehmen: für die Handlungsfähigkeit der Stadt, für Planungssicherheit und für die Stadtgesellschaft.

Wir verbinden diese Zustimmung aber mit klaren Erwartungen:

- dem Schutz zentraler freiwilliger Leistungen,
- mehr wirksame Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen,
- und eine Verwaltung, die modernisiert, priorisiert und effizienter wird – nicht irgendwann, sondern ab sofort

Dieser Haushalt ist kein Grund zur Selbstzufriedenheit. Er ist aber ein notwendiger Schritt in schwieriger Lage.

Und mit Blick auf die Kommunalwahl am 8. März sage ich auch:

Wir als ÖDP haben heute gezeigt, dass wir trotz politischer und sachlicher Differenzen **konstruktiv** arbeiten können – auch in einer Situation, in der es wirklich um etwas geht. **Wir übernehmen Verantwortung!**

Zum Wohl der Stadt Erlangen und ihrer Stadtgesellschaft.

Ich danke im Namen der ÖDP-Stadtratsfraktion der Kämmerei, den Referent*innen, dem Personalamt und der gesamten Stadtverwaltung für die geleistete Arbeit und konstruktive Zusammenarbeit im Rahmen der Haushaltsberatungen.

Auch möchte ich mich bei der Grünen Liste und der SPD bedanken für die konstruktiven Gespräche der letzten Wochen und Monate. Auch das hat dazu geführt, final dem Haushalt zustimmen zu können.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.